

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Öffentlichen Personennahverkehr fit machen für die Zeit nach Corona

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Klimaschutz ist eine der vordringlichsten Aufgaben unserer Zeit. Nur, wenn wir die Pariser Klimaziele erreichen und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes folgen, können wir die schlimmsten Folgen der Klimakatastrophe noch abwenden. Als Küstenland und Land mit einer hohen Wertschöpfung aus dem Tourismus haben wir in Mecklenburg-Vorpommern ein besonderes Interesse am globalen Klimaschutz. Wir müssen und wollen daher unseren gerechten Anteil an der objektiv nötigen Treibhausgasreduktion leisten, hierbei muss auch der Verkehrssektor mit einbezogen werden.
2. Mecklenburg-Vorpommern ist so dünn besiedelt wie kein anderes Bundesland. Das bringt besonders große Herausforderungen mit sich, gerade auch bei der Verkehrswende. Weite Strecken und viele kleine Orte im ländlichen Raum sind schwerer mit einem bürgerfreundlichen und bedarfsorientierten Regionalverkehr zu versorgen, als dies in Ballungsräumen möglich ist.
3. Die wieder verstärkte Nutzung privater PKW und die insgesamt deutlich zurückgegangene Mobilität in der Corona-Pandemie haben den Nah- und Regionalverkehr, sowie die Verkehrsträger des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in unserem Land in besonderer Form unter Druck gesetzt. Die Fahrgastzahlen sind deutlich eingebrochen und dieser Entwicklung muss effektiv entgegengewirkt werden.
4. Die Verkehrsträger und die Kommunen können die bestehenden Herausforderungen, vor allem auch in finanzieller Hinsicht, nicht allein stemmen. Die bisherige finanzielle Unterstützung des Landes reicht nicht aus, um diese Defizite aufzufangen. Zudem sind die Abstimmungsprozesse zwischen Land, Kommunen und Verkehrsträgern derzeit nicht so strukturiert, dass sie den aktuellen Herausforderungen gerecht werden.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit den Verkehrsträgern und Kommunen in einen moderierten Prozess einzutreten, der zum Ziel hat, die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer im ÖPNV bis zum Ende des Jahres 2022 mindestens wieder auf das Niveau vor der Corona-Krise zu heben.
2. mindestens eine Millionen Euro für ein Maßnahmenpaket zur Verfügung zu stellen, welches mindestens eine gemeinsam mit den Verkehrsträgern und Kommunen entwickelte Werbekampagne sowie die Kosten einer moderierten Beratung und eine Anschubfinanzierung zur Attraktivitätssteigerung bei Qualität und Angebot umfasst. Geprüft werden soll, inwiefern diese Aufwendungen landesverfassungskonform aus dem MV-Schutzfonds finanziert werden kann.
3. geeignete Konzepte in Abstimmung mit den Verkehrsträgern und Kommunen zu entwickeln. Ziel soll unter anderem sein, aus den Nahverkehrsplänen der Kreise ein abgestimmtes Landesverkehrskonzept zu entwickeln, welches geeignet ist, den Anteil des ÖPNV bis 2030 so deutlich zu erhöhen, dass ein angemessener Beitrag zum Klimaschutz ermöglicht wird.
Zur Umsetzung dieser weiterführenden Konzepte sollen ab dem Haushaltsjahr 2023 Mittel in entsprechender Höhe in den Haushalt eingestellt werden.

Dr. Harald Terpe und Fraktion

Begründung:

Die Pariser Klimaziele und das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes stellen auch den öffentlichen Verkehr vor neue Herausforderungen. Bislang hat der Mobilitätssektor leider kaum etwas zum Erreichen der Klimaziele beigetragen, weder im Bund noch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Vertrauen allein auf die Antriebswende wird nicht ausreichen, vor allem aber die Probleme durch den zunehmenden Verkehr nicht lösen. Wir brauchen einen funktionierenden ÖPNV, nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, sondern auch für unsere touristischen Gäste. Die Weiterentwicklung ist vor allem deshalb so wichtig, weil der Klimaschutz und die geänderten Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger dies erfordern.

Seit vielen Jahren ist allen Akteurinnen und Akteuren bewusst, dass eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des ÖPNV in unserem Land nur zu schaffen sein wird, wenn das Land stärker mit in die Verantwortung geht. Die Landkreise und kreisfreien Städte stellen im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten einen die Grundbedürfnisse abdeckenden ÖPNV auf ihrem Gebiet sicher. Das Land muss sich stärker in die Vernetzung der Linien und die Zusammenarbeit der Verkehrsträger einbringen, um einen guten ÖPNV für das gesamte Land zu erreichen.

Gerade jetzt, wenn Kundinnen und Kunden in bzw. nach der Corona-Krise zurückgewonnen werden müssen, bietet sich eine gute Gelegenheit, um neben dem Aufholen der Nutzerzahlen auch mit dem grundlegenden Prozess der Erneuerung zu beginnen. Das Vertrauen der Fahrgäste muss zurückgewonnen werden, der Autoverkehr darf nicht der Gewinner der Corona-Krise werden. Wir brauchen eine Angebotsoffensive für den ÖPNV. Die erste Kampagne zur Nutzerwerbung soll noch im ersten Halbjahr 2022 in der Öffentlichkeit starten.